

AZ: SGL I - Bu/Krö -

Drucksache Nr.: 0250/2008/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Hauptausschuss	03.02.2009	N	Vorberatung
Sozial- und Gesundheits- ausschuss	04.02.2009	Ö	Vorberatung
Ratsversammlung	17.02.2009	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

Oberbürgermeister Unterlehberg

Verhandlungsgegenstand:

Sachstandsbericht "Ein-Euro-Jobber"

A n t r a g:

1. Der Sachstandsbericht zum Projekt der Ein-Euro-Jobber wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Ausweitung der vorhandenen 0,5 Stellenanteile auf 1,0 Stellenanteile für die verwaltungsmäßige Abwicklung, Betreuung und Koordination wird zugestimmt.
3. Der Einrichtung von 5 Stellen für die Beschäftigung von 5 Personen im Rahmen von § 16 SGB II wird zugestimmt. Wegen der Besonderheit der Stellen erfolgt die Ausweisung der Stellen im nachrichtlichen Teil des Stellenplanes.

Finanzielle Auswirkungen:

Zu 2: Zusätzliche Personalkosten in Höhe von 23.400,00 Euro, die durch Einnahmen gedeckt sind. Das Betriebsergebnis bleibt unverändert.

Zu 3: Zusätzliche Personalkosten in Höhe von 120.000,00 Euro, die durch Mehreinnahmen in gleicher Höhe gedeckt sind. Das Betriebsergebnis bleibt unverändert.

B e g r ü n d u n g :

Begründung zu 1. - 3.:

Mit Beschluss der Ratsversammlung vom 21.06.2005 (DS 0665/2003) wurde der Umfang der Arbeitsgelegenheiten für sogenannte „Ein-Euro-Jobs“ innerhalb der Stadtverwaltung auf ca. 30 Plätze festgelegt.

Das Projekt ist organisatorisch unmittelbar dem SGL I zugeordnet und hat bis zum 01.04. 2008 auch die Beratung und Betreuung der Betreuten Grundschulen wahrgenommen.

Bedingt durch einen personellen Wechsel wird die Beratung und Betreuung der Betreuten Grundschulen seit dem 01.04.2008 vom Fachdienst Schule, Kultur und Sport wahrgenommen. Das Projekt Ein-Euro-Jobber ist weiterhin dem SGL I zugeordnet und refinanziert sich zu 100 % durch Einnahmen der ARGE.

Durch eine Prüfung der Innenrevision der Agentur für Arbeit wurden in 2007 erhebliche Mängel bei der Abwicklung der „Ein-Euro-Jobs“ durch die ARGeN festgestellt und für die Durchführung der Ein-Euro-Jobs ein neues Konzept erstellt, mit dem ein erheblich höherer Aufwand von den durchführenden Trägern zukünftig erwartet wird.

Im wesentlichen handelt es sich hierbei um folgende Bedingungen:

- Für die Einsatzort sind detaillierte Beschreibungen zu erstellen
- die Maßnahmen werden nur noch zeitlich befristet bewilligt
- es erfolgt eine wöchentliche Berichterstattung über die jeweiligen freien Plätze sowie monatliche Bestandsübersichten
- der zugewiesene Teilnehmerkreis erweist sich zwischenzeitlich als problematischer, was zu einem höheren Bearbeitungsaufwand je Einsatzstelle führt.

Darüber hinaus ist die Stellenausweitung erforderlich, um sicherzustellen, dass das Projekt sowohl für die Mitarbeiter/Innen der ARGE als auch für die Kunden in ausreichenden Umfang erreichbar ist und um die Urlaubs- und Krankheitsvertretung im Projekt sicherzustellen.

Um diese Bedingungen zu erfüllen, ist es erforderlich, den bisherigen Planstellenanteil von 0,5 auf 1,0 Stellen zu erhöhen. Die 100 %ige Refinanzierung ist auch weiterhin durch Einnahmen möglich und sichergestellt.

Darüber hinaus ist geplant, das Förderungsinstrument gemäß § 16 SGB II (Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen) auf Wunsch der ARGE auch innerhalb der Stadtverwaltung mit maximal 5 Beschäftigten einzuführen, um auf diesem Wege in begrenztem Umfang Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu eröffnen aber auch um Einsparungsmöglichkeiten innerhalb der Stadtverwaltung zu nutzen.

Die Refinanzierung erfolgt zu 75 % durch die ARGE, der erforderliche Eigenanteil muss von den Fachdiensten geleistet werden, in deren Zuständigkeitsbereich die Beschäftigung angesiedelt ist. Die Beschäftigung erfolgt maximal für 2 Jahre und ist an keinerlei inhaltliche Vorgaben geknüpft.

Entsprechende Anfragen der Fachdienste zur Beschäftigung dieses Personenkreises liegen in Einzelfällen vor. Von Seiten der ARGE besteht ein großes Interesse an der Realisierung dieses Förderungsinstrumentes auch innerhalb der Stadtverwaltung.

Bei positiver Entscheidung der Ratsversammlung sollen die zusätzlichen 5 Stellen wegen ihrer Besonderheiten im nachrichtlichen Teil des Stellenplanes ausgewiesen werden.

Eine Verbleibanalyse der Ein-Euro-Jobber seit Juni 2007 bis Dezember 2008 ist der beigelegten Anlage 1 zu entnehmen.

Unterlehberg
Oberbürgermeister